

**Rede von Dr. Johano Strasser anlässlich der Tagung „Linke Liebe zum Leben und für die Welt. 90 Jahre Erhard Eppler. Würdigung seines politischen Wirkens für eine gerechte und nachhaltige Welt“ der Evangelischen Akademie Bad Boll am 16. Januar 2017**

Dr. Johano Strasser

## Die Bedeutung der Grundwerte für sozialdemokratische Politik

Erhard Eppler zum Neunzigsten

### I.

Ich beginne, vielleicht ein wenig unzeitgemäß, mit einem kleinen Marx-Exkurs: Nach der Vorstellung von Karl Marx ging es in den Kämpfen der Arbeiterklasse nicht darum, der schlechten Wirklichkeit das Ideal einer besseren Gesellschaft entgegenzustellen und sozusagen durch moralische Überzeugung die Massen für das große Veränderungswerk zu gewinnen, sondern allein darum, dem vorgezeichneten Gang der Geschichte zu folgen und, wie er sich gern ausdrückte, *das Urteil zu vollziehen*, das die Geschichte selbst bereits über die kapitalistische Wirklichkeit gesprochen hatte. Damit dieser geschichtlich determinierte Prozeß sich ohne Verzögerung vollziehe, so Marx, müßten die Proletarier nur ihren Interessen folgen, sie müßten nicht bessere Menschen sein als die Ausbeuter und Menschenschinder, sie müßten sich nur zur Durchsetzung ihrer klar zutage liegenden Interessen zusammentun und in einem revolutionären Akt die Macht des Kapitals ein für allemal beseitigen. Zitat: „Das Proletariat vollzieht das Urteil, welches das Privateigentum durch die Erzeugung des Proletariats über sich selbst verhängt, wie es das Urteil vollzieht, welches die Lohnarbeit über sich selbst verhängt, indem sie den fremden Reichtum und das eigene Elend erzeugt.“ (Die Heilige Familie, Frühschriften ed. Landshut S. 318)

Marx war durchaus nicht der Meinung, daß das Proletariat schon die neue, moralisch höhere Form des Menschseins repräsentiere; vielmehr habe das Proletariat sich als Teil der schlechten Realität in der Revolution auch selbst aufzuheben: „Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt. Alsdann ist ebensowohl das Proletariat wie sein bedingender Gegensatz, das Privateigentum, verschwunden.“ (ebenda)

Moral, moralisches Handeln, Tugenden, Werte, Ideale, auch das, was Sozialdemokraten heute *Grundwerte* nennen – dafür hatte die Marxsche Theorie eigentlich keine sinnvolle Verwendung; Marx betrachtete Moralappelle entweder als bürgerlichen Schwindel oder als rhetorisches Beiwerk, das weder für die erfolgreiche Führung des Befreiungskampfes noch für den Bau der neuen Gesellschaft notwendig war. „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat sich als Ziel *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist*, und was es diesem Sein gemäß zu tun gezwungen sein wird.“ (ebenda, S. 319) So etwas wie eine universell gültige Moral, so etwas wie Werte, die unabhängig von der jeweiligen Klassen- oder Interessenlage für jedermann gelten und als Maßstab unseres Handelns fungieren, konnte es in dieser Perspektive also eigentlich nicht geben.

Soweit die Theorie. Aber natürlich kam auch Marx, kam die marxistisch inspirierte Arbeiterbewegung nicht ganz ohne Moral und ohne Tugenden aus, auch Marx ließ sich, wie er an vielen Stellen seines Werks bezeugt, von einem idealen Menschenbild leiten, das erkennbar im universalistischen Sinn moralisch kodiert war: der unentfremdeten, allseitig entwickelten Persönlichkeit. Marx war ausweislich seines Menschenbildes sicher ein Humanist und ein Denker der Freiheit, wenn man sein Frühwerk betrachtet, sogar ein utopischer Sozialist, was freilich mit seinen geschichtsmetaphysischen Prämissen schlecht zusammenstimmt.

In der realen Arbeiterbewegung fanden Fragen der Moral eine sehr viel größere Beachtung, als die marxistische Theorie ihnen zugestand. So stand von Anfang an Brüderlichkeit oder, wie es später hieß, Solidarität hoch im Kurs. Und natürlich Gerechtigkeit. Auch das politische Freiheitspathos der Arbeiterbewegung war unüberhörbar. Es ist also kein Zufall, dass in der Sozialdemokratie bis heute die drei Grundwerte *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* für die programmatische Ausrichtung der Politik von entscheidender Bedeutung sind. Dazu kam die hohe Bewertung von Disziplin und Zuverlässigkeit, überhaupt die Sekundärtugenden wie Fleiß, Gehorsam, Sparsamkeit, Pünktlichkeit. Wer frühe Schriften und Flugblätter der Arbeiterbewegung liest, kann zuweilen den Eindruck gewinnen, dass die organisierten Arbeiter sich als die besseren und konsequenteren Vertreter der christlich-bürgerlichen Moral verstanden und darauf auch durchaus stolz waren. In gewisser Weise waren viele der sozialdemokratischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts das, was Erhard Eppler später für sich in Anspruch nahm: Wertkonservative.

Moralisierende Traamtänzer waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter freilich nicht. Eine Mißachtung der Fakten und der Reallage, wie sie heute im sogenannten *postfaktischen Zeitalter* in der Gerüchteküche des Internets weithin üblich ist, konnten sie sich gar nicht leisten. Ferdinand Lassalles berühmter Ausspruch, *alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit*, war als Warnung vor politischer Schwärmerei ernst zu nehmen. Aber der *Erkenntnis* der Realität muß die *Bewertung* der Realität im Lichte der Grundwerte folgen, weil nur daraus der massenhafte Wille erwachsen kann, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern.

Dieses Zusammenspiel von Realismus und Wertorientierung läßt sich an der Position der Sozialdemokratie in den Kämpfen der frühen Demokratiebewegung exemplifizieren. Zusammen mit den bürgerlichen Liberalen traten sie für einen Universalismus der Freiheit ein, aber anders als die meisten Bürgerlich-Liberalen begnügten sie sich nicht damit, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein allgemeines Wahlrecht in der Verfassung zu verankern, sondern beharrten darauf, dass auch die sozialen Voraussetzungen zu schaffen seien, damit jeder Mann und jede Frau von ihren Freiheitsrechten *tatsächlich* Gebrauch machen könne. Wie wichtig diese Differenz zwischen Sozialdemokraten und Liberalen ist, leuchtet unmittelbar ein, wenn man sich fragt, welche Bedeutung die Proklamation formaler Freiheiten wie Meinungsfreiheit und Wahlrecht für Menschen in den Slums von Bombay, Kalkutta, Abidjan oder Lima hat, die von morgens früh bis abends spät vollauf damit beschäftigt sind, ihre pure Lebensfristung sicherzustellen. Sie wirkt für diese Menschen oft wie ein leeres Versprechen, weil sie von den ihnen formal zugestandenen Rechten so gut wie keinen konkreten Gebrauch machen können.

Für rigide Marxisten, erst recht für die Bolschewiki und den sich an ihnen orientierenden Kommunisten gab es freilich universell gültige Werte gar nicht; für sie war so etwas wie Moral allenfalls ein taktisches Mittel im Klassenkampf. Auch Solidarität galt ihnen bestenfalls als eine Art *Sekundärtugend*: als Kampfsolidarität diene sie dem Zweck der Revolution und war damit keineswegs wie etwa die *Mitmenschlichkeit* ein Wert an sich, sondern ein Mittel im Klassenkampf, nicht das pointierte Gegenteil des Egoismus, nicht das Bindemittel, ohne das eine humane Gesellschaft nicht bestehen kann, sondern eine Art wohlverstandenen Gruppen- oder Klassenegoismus.

## II.

Allerdings waren die allermeisten der in der Arbeiterbewegung zusammengeschlossenen Menschen keine Marxisten, schon lange keine marxistischen Theoretiker. Sie ließen sich selbstverständlich von moralischer Empörung über die herrschenden Zustände und von moralisch gefärbten Vorstellungen einer besseren, einer gerechteren Welt leiten. Daß von allen theoretischen Schriften der frühen Arbeiterbewegung ausgerechnet August Bebels *Die Frau und der Sozialismus* in der deutschen Arbeiterbewegung die mit Abstand größte Verbreitung fand, lag eben auch daran, daß der sozialdemokratische Drechslermeister hier das Marxsche Utopieverbot souverän mißachtete und die zu erkämpfende bessere Gesellschaft in kräftigen – eben auch moralisch getönten – Farben ausmalte.

Heute vermag das Pathos der Marxschen Geschichtsmetaphysik mit ihrer Verbindung von nüchtern-analytischer Wissenschaftlichkeit und quasi-religiöser Erlösungshoffnung kaum noch zu überzeugen. Das, was Marx als Werk der Geschichte und, wie er sich ausdrückt, ihres *Werkzeugs*, des Proletariats, betrachtete, ist für uns heute allenfalls als reformerisches Menschenwerk, und zudem mit erheblichen Abstrichen und Veränderungen an der von den Marxisten propagierten Alternative, vorstellbar. Wo Marx den revolutionären Umschlag ins Ganzandere erwartete, operieren wir heute zumeist in einem Kontinuum, in dem die Veränderungsarbeit notwendig Stückwerk wird, das im günstigsten Fall auf stetige, schrittweise Verbesserung des Bestehenden hinausläuft.

Dass, wie Hegel und Marx zu wissen meinten, der Gang der Geschichte selbst, seiner inneren Logik folgend, auf die große Befreiung programmiert sei, können wir nicht mehr glauben. Spätestens seit dem 5. August 1945, dem Tag, an dem die erste Atombombe abgeworfen wurde, hätte jedem denkenden Menschen klar sein müssen, dass die Geschichte auch in der kollektiven Auslöschung der Menschheit enden kann, und seitdem sind viele neue Gründe hinzugekommen, nicht zuletzt die kritischen Einwände aus der ökologischen Diskussion, die einen universalgeschichtlichen Optimismus des Marxschen Typs höchst fragwürdig erscheinen lassen. Also muß die Arbeiterbewegung, müssen die Organisationen, die aus ihr herausgewachsen sind, sich heute zwangsläufig *konstruktiv* verhalten, d.h. selbst Bilder einer lebenswerten Zukunft entwerfen, auf die hin sie ihre Veränderungsarbeit ausrichten.

Der wissenschaftlich-technisch-ökonomische Fortschritt war nie und ist auch heute nicht das Exklusivprojekt der Arbeiterbewegung. Er galt in der Arbeiterbewegung als Basis, als Voraussetzung für den eigentlichen, den politischen, sozialen, zivilisatorischen und humanen Fortschritt. Ob man das heute noch so sehen kann, angesichts der unübersehbaren Tatsache, dass der Fortschritt im üblichen Verständnis zugleich auch ein Prozeß der Zerstörung der Biosphäre ist, ist höchst fraglich. Wenn man Fortschritt auf seine wissenschaftlich-technisch-ökonomische Seite verkürzt, ist auch der Kapitalismus fortschrittlich. Ja, er ist geradezu revolutionär - auch heute noch. Der Kapitalismus ist innovativ, weil er eine permanente Unzufriedenheit mit dem Erreichten nährt, er zerstört überall auf der Welt traditionelle Lebensweisen und vertraute Umwelten, zerreißt Bindungen und Bindekräfte. In der anschaulichen Prosa des *Kommunistischen Manifests* wird dieser Prozeß so beschrieben: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘... Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.“ (MEW 4,464 f.)

Nun kann man vielleicht einwenden, daß der Sieg des Kapitalismus zum Glück bisher so total denn doch nicht ausgefallen ist, wie er hier beschrieben wird, weil unsere Realität eben nicht ausschließlich von der Logik des Kapitals, sondern auch von konkurrierenden Logiken, z. B. der Logik der Demokratie und des Sozialstaats, geprägt wird und weil traditionelle Formen der Gesellung mitsamt den darin zum Ausdruck kommenden Ängsten und Sehnsüchten hartnäckiger überleben, als das vielleicht zu Zeiten von Marx und Engels zu erwarten war. Wichtiger ist aber eine andere Schlußfolgerung, die die oft belächelten *utopischen Sozialisten* wie Robert Owen oder William Morris tatsächlich zogen (und wie sie bei Marx in der von seinen Anhängern oft übersehenen Erkenntnis, daß Produktivkräfte zugleich auch Destruktivkräfte sein können, eigentlich impliziert ist): Wer wie die politische Arbeiterbewegung an einem integralen Fortschrittskonzept festhalten will, das auch die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt und die Bedürfnisse und Rechte aller Menschen, auch der künftigen Generationen, berücksichtigt, kann nicht einfach auf die Entfesselung der

Produktivkräfte, oder, wie es heute heißen würde: auf die ständig beschleunigte Innovation und auf Wachstum, setzen. Das ist eine Erkenntnis, die nicht zuletzt die zunehmende Gefährdung der Biosphäre uns heute aufzwingt und die angesichts der Gefährdung des *humanums* durch die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, der Gen-Chirurgie und dem, was man heute *Lebenswissenschaften* nennt, zusätzliche Dringlichkeit gewinnt.

Erst recht kann progressiv sein sich nicht darin erschöpfen, die *versteinerten Verhältnisse zu verflüssigen* und den Zusammenbruch der bestehenden Ordnung herbeizuführen, damit aus den Trümmern das Ganzandere (irgendwie!) hervorzunehmen. Progressive Bewegungen müssen auf dem Boden des Bestehenden das Neue, Bessere pflanzen, und sie müssen die Veränderungsarbeit mit den Menschen vollbringen, die sie vorfinden. Aber sie können das nur, wenn sie sich von einem utopischen Überschuß, von konkreten Visionen eines anderen, besseren Lebens leiten lassen und die Menschen davon überzeugen. Kurz: sie müssen, um ein Wort Adornos zu variieren, Keime des *richtigen Lebens im falschen* entwickeln und zur Reife bringen.

### III.

Die Sozialdemokratie ist längst keine Arbeiterpartei mehr. Aber als linke Reformpartei muß sie auch heute um der Menschen willen, deren Lebensinteressen sie vor allem vertritt, der Vereinzelung und Verrohung durch die kapitalistische Unkultur und den ökonomistischen Totalitarismus entgegenwirken, muß alles tun, um die Zerstörung des Planeten zu verhindern, muß die demokratischen und sozialstaatlichen Institutionen stärken und neue Ligaturen stiften, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Dazu sind Werte, verlässlich internalisierte und gelebte Werte, unerlässlich. Und Visionen, d.h. gedankliche Vorgriffe auf eine humanere, bessere Welt. Wer Visionen hat, ist nicht notwendig, wie Helmut Schmidt einmal meinte, ein Fall für den Arzt. Visionen können uns auch helfen, in einer sich verdüsternden Gegenwart, Pfade in eine bessere Zukunft zu entdecken.

Auch wenn heute in der realen Arbeiterbewegung die Denkfiguren der Marxschen Geschichtsmetaphysik kaum noch eine Rolle spielen, so hat sich doch die damit verbundene Skepsis gegenüber Fragen der Moral und der Werte bei vielen linken politischen Praktikern erhalten. Das ist in einem gewissen Umfang verständlich. Denn allzu oft wurden die Mühseligen und Beladenen durch die Fessel einer – nicht selten kirchlich verordneten – einseitig auf Macht- und Bestandssicherung angelegten Moral, davon abgehalten ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Die Arbeiterbewegung hatte es von Anfang an mit Moralpredigern zu tun, die angesichts von Ausbeutung und Unterdrückung den leidenden Menschen nichts Besseres zu empfehlen wußten, als sich demütig in ihr Schicksal zu fügen und als göttliche Ordnung zu akzeptieren, was sie in ihrer Menschlichkeit negierte.

Das Mißtrauen gegenüber dieser Sorte von Wertegeschwafel ist auch heute noch angebracht. Wenn Neoliberale von Freiheit reden und dabei vergessen, dass nur der von seinen Freiheitsrechten konkreten Gebrauch machen kann, der ein Stück weit von der tagtäglichen Mühe der Lebensfristung entlastet wird, wenn christliche Fundamentalisten in den USA sich für den Schutz des werdenden Lebens stark machen, aber für Arbeitslose und Arme keinerlei Mitleid aufbringen, wenn sie das Christentum als Religion der Liebe preisen, aber die Todesstrafe billigen und den Kriegen George W. Bushs ihren Segen geben, wenn Unternehmervertreter und konservative Ökonomen die Maßlosigkeit gewerkschaftlicher Lohnforderungen geißeln und gleichzeitig viele Millionen Euro Jahresgehalt und ähnlich hohe Boni für Manager für leistungsgerecht erklären, dann ist in der Tat Skepsis angebracht.

### IV.

Die Orientierung an Leit- oder Grundwerten, die für die deutschen Sozialdemokraten schon lange, spätestens aber seit dem 1959 beschlossenen Godesberger Grundsatzprogramm typisch ist, hatte einerseits die Funktion, das zuvor nie ganz geklärte Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion,

insbesondere der christlichen, durch den Verzicht auf explizite Letztbegründung ihrer Politik zu entspannen. Andererseits war es auch eine Reaktion auf die marxistische Unklarheit in Wertfragen, ganz besonders aber auf die leninistische und stalinistische Fehlentwicklung eines Teils der Arbeiterbewegung. Christian Krell und Tobias Mörschel haben in ihrem Buch *Werte und Politik* (Wiesbaden 2015, S. 16) die Bedeutung der Grundwerte für die Sozialdemokratie wie folgt, wie ich meine: treffend, beschrieben: Sie dienen zugleich als Maßstab zur Beurteilung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, als Richtungsbestimmung für politisches Gestalten und als zentrales Mittel der politischen Kommunikation und der Stiftung von Legitimität im politischen Handeln.

Lenins Bolschewiki hielten im Klassenkampf jedes Mittel, auch das des Betrugs, des Verrats, der Einschüchterung, des Mordes für erlaubt, wenn es nur der eigenen Sache diene. Kein Wunder, daß sie erfolgreiche *Machtergreifer* waren, aber beim Aufbau einer besseren Gesellschaft so eklatant versagten. Der Stalinismus hat die bolschewistische Amoralität auf die Spitze getrieben. Er bewirkte - das ist in den Ländern, die er beherrschte, besonders in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bis heute zu spüren - neben allem anderen auch eine *moralische* Katastrophe. Unter Stalin durfte man nicht nur, man mußte betrügen, Freunde und Verwandte verraten, kritische Geister drangsaliieren, Gegner ermorden, wenn es die Partei oder der große Stalin selbst befahl. Aber die Implosion der Sowjetgesellschaft pünktlich zweihundert Jahre nach der Französischen Revolution zeigte überdeutlich, daß es unmöglich ist, eine Gesellschaft ohne für alle gültige und verpflichtende Werte, auf Dauer nur durch Zwang zusammenzuhalten. Wenn eine Gesellschaft moralisch verwarlost, schwinden auch ihre Lebenskräfte.

Freilich, nicht nur Leninisten und Stalinisten glaubten eine Gesellschaft ohne eine für alle verpflichtende universelle Moral formen zu können. Auch Teile des sich progressiv dünkenden Bürgertums träumten immer mal wieder den Traum von der moralfrei zu organisierenden Gesellschaft. Seit dem 18. Jahrhundert kehrt in Wellen die Vorstellung wieder, es müsse möglich sein, eine Gesellschaft ohne verpflichtende Werte, allein auf den Eigennutz der vielen Einzelnen zu gründen. Es ist dies der Traum von der *unsichtbaren Hand* des Marktes, die hinter dem Rücken der ganz und gar eigensüchtig agierenden Einzelnen angeblich alles zum Wohle aller arrangiert. Diese neoliberale Utopie eines marktgeregelten Gesellschaftsautomaten bezieht ihren verführerischen Glanz aus dem Versprechen, uns ein für allemal von der governantenhaften Strenge moralischer Verantwortung zu erlösen. Zuletzt haben wir die Folgen dieser Illusion in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten erlebt, in denen der marktradikale Neoliberalismus den Zeitgeist prägte. Und leider haben nicht nur Konservative und Liberale, sondern auch Sozialdemokraten und Grüne sich von diesem Ungeist anstecken lassen. Indem zum Beispiel ein inzwischen aus der SPD ausgetretener Wirtschafts- und Arbeitsminister bei jeder Gelegenheit die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen als unerläßliche Voraussetzung für Wachstum und ökonomische Dynamik pries und ein sozialdemokratischer Kanzler behauptete, *es gebe keine linke und rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine richtige*, plädierten sie für eine Entmoralisierung der Politik, was bei *denen da unten* nur den Eindruck erwecken konnte, dass die SPD sich nicht länger als Schutzmacht der kleinen Leute verstehe, sondern diese schutzlos dem Urteil globaler Märkte aussetzen wolle.

Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als der Staatstotalitarismus sowjetischen Musters endgültig besiegt war und die Welt sich auf den Weg ins 21. Jahrhundert machte, erhob ein neuer Totalitarismus sein Haupt: der Totalitarismus der Ökonomie. Auf einmal besetzten jene marktradikalen Phantasmen wieder die Phantasie, die bereits im 19. Jahrhundert eigentlich ad absurdum geführt worden waren. Das Ergebnis war fast überall auf der Welt die Schwächung, manchmal, wie in Teilen Schwarzafrikas, sogar die Zerstörung der Rechtsordnung und des Staates, die rasante Zunahme von Gesetzlosigkeit und Gewalt, von Armut und Elend, eine auch bei uns dramatisch wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und eine ernste Gefährdung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Inzwischen sind die marktradikalen Illusionen für die meisten Menschen geplatzt, die Welt wurde in die größte ökonomische Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gestürzt und die Folgen sind

überall auf der Welt – auch in Südeuropa – katastrophal. Daß mit dem ‚neoliberalen‘ Markttraktalismus kein Staat zu machen ist, daß es den Gesellschaftsautomaten nicht gibt, der uns die Verantwortung für die Welt, in der wir leben, abnimmt, ist - wieder einmal – deutlich geworden. Andererseits hat sich auch wieder einmal gezeigt, daß der von Marx erhoffte Umschlag aus der tiefsten Zerstörung aller Menschlichkeit ins Ganzandere eine Illusion ist. Nirgends auf der Welt – schon lange nicht in Europa - gibt es Anzeichen für eine im Sinne Marxens *revolutionäre* Situation.

Im Gegenteil, in vielen Ländern haben rechte und rechtspopulistische Bewegungen erheblich an Einfluß gewonnen. In Ungarn und in Polen haben wir es inzwischen mit einer selbstbewußt auftretenden, von einer deutlichen Mehrheit getragenen und durch Strafandrohungen der EU kaum zu beeindruckenden „illiberalen Demokratie“ (Victor Orban) zu tun. In den Niederlanden erzielt der Rechtspopulist und Islamhasser Geert Wilders in Umfragen 35 % für seine Partij van de Vrijheid, in Italien ist nach dem Rücktritt Renzi die Lage wieder einmal höchst unübersichtlich und in Frankreich greift mit Marine Le Pen eine Politikerin nach der Macht, von der die Mehrheit ihrer Anhänger erwartet, dass sie das Land nach dem Muster des Brexit aus der EU führt und die französischen Grenzen für Muslime und Schwarzafrikaner schließt. Dass die AfD im Jahr 2017 mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag einzieht, ist vor diesem Hintergrund für nahezu alle Beobachter der politischen Szene in Deutschland eine ausgemachte Sache. Aber wie die Präsidentenwahl in Österreich gezeigt hat, müssen ja die Auguren nicht immer recht haben.

Die zwei, drei Jahrzehnte, in denen die markttradikale Ideologie die Geister verwirrt, haben auch eine moralische Verwahrlosung bewirkt. Es ist sicher illusorisch, von den Zockern im Finanzsystem, von den smarten Sanierern, Investmentbankern und Unternehmensberatern, die die weltweite Krise zusammen mit willfährigen Politikern angerichtet haben, so etwas wie Einsicht oder gar Solidarität und Gemeinsinn zu erwarten. Was jetzt zu tun ist, kann nur durch die demokratische Öffentlichkeit, durch eine wache Zivilgesellschaft und durch demokratische Parteien, d.h. durch Politik gegen den hartnäckigen Widerstand der nach wie vor uneinsichtigen ‚Neoliberalen‘ erzwungen werden, nämlich die Grundlagen des zivilen Zusammenlebens in der Gesellschaft zu rekonstruieren und die Herrschaft des Rechts und den Vorrang der Demokratie vor der organisierten Macht des Kapitals durchzusetzen. Ob die moralischen Ressourcen, die für ein solches Reformwerk erforderlich sind, noch in ausreichendem Umfang vorausgesetzt werden können, ist allerdings eine offene Frage.

Die Stärkung und zum Teil die Rekonstruktion demokratischer Staatlichkeit, darauf hat in den letzten Jahren niemand nachdrücklicher hingewiesen als Erhard Eppler, ist die unerläßliche Voraussetzung jeder positiven Entwicklung. Gleichzeitig sollte gerade uns Europäern klar sein, dass Staatlichkeit in der globalisierten Welt von heute nicht mehr den Nationalstaat allein meinen kann. Politische, d.h. wertbestimmte Gestaltungsmacht, können die Menschen in Europa nur gewinnen, wenn sie Rechtsstaatlichkeit und demokratische Willensbildung im größeren Rahmen einer europäischen Mehrebenendemokratie rekonstruieren. Dies kann aber nur gelingen, wenn die politischen Akteure sich zu solidarischer Aktion fähig erweisen, wenn sie sich von jenen demokratischen Werten leiten lassen, die im 18. und 19. Jahrhundert bei der Begründung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit Pate standen. In der akuten Krise der Europäischen Union kommt es entscheidend darauf an, ob es gelingt, diese Werte im Bewußtsein der Europäer wieder wachzurufen und so eine großflächige rechtspopulistische Regression zu verhindern.

Wenn wir den drohenden Zerfall der Europäischen Union verhindern wollen, dürfen wir in Deutschland nicht eine Politik machen, die nur die Lebensinteressen der Menschen bei uns berücksichtigt, in vielen anderen Ländern aber – z. B. in Griechenland, Spanien und Portugal und erst recht in der vormals so genannten *Dritten Welt* – Elend und Arbeitslosigkeit verfestigt. Solidarität verliert auf Dauer jeden positiven Sinn – auch darauf hat Erhard Eppler immer wieder hingewiesen - wenn sie unter den Bedingungen der Globalisierung nationalistisch buchstabiert wird. Dabei wissen wir heute, können jedenfalls wissen, was Kate Pickett und Richard Wilkinson in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind* vor einigen Jahren überzeugend

dargelegt und was erst kürzlich der Ökonom Thomas Piketty (Das Kapital im 21. Jahrhundert, 2014) uns erneut vorgerechnet hat, dass nämlich die Schaffung von mehr Gleichheit bei den Einkommen und besonders bei der Vermögensverteilung innerhalb der einzelnen Staaten und im Weltmaßstab für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben der Menschen entscheidend ist.

V.

Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass sozialdemokratische Politik ihre Kraft zur Veränderung verliert, wenn sie sich ganz und gar in pragmatischem *muddle through* verliert und sich nicht mehr von utopischen Impulsen leiten läßt. Im Grunde war das auch von Anfang an Erhard Epplers Überzeugung, weshalb er vor Jahren, als rundherum reihenweise verbrauchte Autoritäten demontiert wurden, neben Willy Brandt zum Hoffnungsträger und Vorbild für uns Jusos wurde. Nur den damals in den politischen Debatten häufig auftauchenden Begriff *Utopie* hätte Erhard wohl eher vermieden. Aber vielleicht kann er seine Skepsis überwinden, wenn ich sage, dass ich nicht eine fertige Blaupause einer perfekten Gesellschaft meine, die mit allen Mitteln, notfalls auch gegen den Widerstand von Mehrheiten, zu verwirklichen wäre. Mir schweben wertbestimmte Leitbilder vor, das was Georg Picht einmal als *aufgeklärte Utopie* bezeichnete, eine Utopie der Freiheit, die eine demokratisch-kooperative Praxis anleitet und die sich im Prozess der Veränderungen auch selbst Korrekturen unterwirft. Die Grundwerte-Kommission der SPD, der ich seit über vierzig Jahren angehöre, hat sich von Anfang an der Aufgabe gestellt, ausgehend von den aktuellen gesellschaftlichen Trends und bezogen auf besondere Konfliktlagen in der Gesellschaft solche wertbestimmten Leitbilder sozialdemokratischer Politik zu erarbeiten. Damit hat sie nicht unwesentlich zur Weiterentwicklung und Modernisierung der sozialdemokratischen Programmatik beigetragen.

In der Regel – das ist wahr - wurden und werden die Publikationen der Kommission nur von wenigen Mitgliedern der eigenen Partei gelesen und von den Mandatsträgern der Partei selten als willkommene Anregung oder gar Richtschnur ihres Handelns betrachtet. Zwar hat die Kommission alle neueren Grundsatzprogramme der Partei mitgeprägt, aber insgesamt war und ist ihr Einfluß in der SPD bescheiden geblieben. Im politischen Tagesgeschäft herrscht zumeist ein dürrer Pragmatismus vor, der, weil alles ohnehin schon so kompliziert ist und im Regierungshandeln so gut wie immer auf Koalitionspartner und alle möglichen *pressure groups* Rücksicht genommen werden muß, möglichst nicht mit politischen Grundsatzfragen, vor allem nicht mit Fragen nach dem Grundwertebezug der eigenen Politik behelligt werden möchte.

Am größten war der Einfluß der Grundwerte-Kommission auf das Selbstverständnis und die Politik der SPD in der Zeit, als Erhard Eppler den Vorsitz innehatte. In den 70er und 80er Jahren haben die Diskussionen und Papiere der Kommission nicht nur erheblich zur Zivilisierung der zum Teil sehr heftigen innerparteilichen Konflikte und zur Integration der Partei beigetragen, sondern auch wichtige Impulse aus den damals so genannten *neuen sozialen Bewegungen*, der Anti-AKW-, der Umwelt-, der Frauen- und Alternativbewegung, in die Programmatik und Praxis der Partei vermittelt. In den 80er Jahren waren es dann vor allem die Diskussionen von Mitgliedern der Grundwerte-Kommission mit Vertretern der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und das 1987 veröffentlichte Papier *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, die innerhalb und außerhalb der SPD mit großer Aufmerksamkeit, nicht immer sympathisierend, wahrgenommen wurden. Ich habe an diese Diskussionen teilgenommen, nicht immer zur hellen Freude Erhard Epplers, denn mir fehlte zuweilen die bewundernswerte *Contenance*, mit der Erhard die ideologischen Platttheiten und Propagandasprüche einiger unserer Gesprächspartner von der SED über sich ergehen ließ.

Die Grundwerte-Kommission gibt es immer noch, nicht unbedingt, weil die Parteiführung durchweg von ihrer Nützlichkeit überzeugt wäre, eher wohl, weil ihre Abschaffung erheblichen Widerstand in der Partei und hämische Kommentare in der Presse auslösen würde. Nach Erhard Eppler wurde die Kommission von Wolfgang Thierse und Julian Nida-Rümelin geleitet, heute sitzt ihr Gesine Schwan vor. Die Mitglieder tun immer noch, was Willy Brandt seinerzeit der Kommission als Aufgabe mit auf

den Weg gab: die Politik der Partei an ihren Grundwerten messen und neue Entwicklungen in der Gesellschaft auf ihre Konsequenzen und Chancen für sozialdemokratische Politik abklopfen. Das ist für die Parteispitze, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, die unter Koalitions- und anderen Zwängen operieren, oft unbequem, wie sich zuletzt an kritischen Papieren der Kommission zu den sogenannten Freihandelsabkommen TTIP und CETA und zur Europapolitik der Großen Koalition zeigte. Dennoch glaube ich, dass die Partei gut daran tut, sich den vermeintlichen Luxus einer Kommission auch weiterhin zu leisten, die am Leitfaden der Grundwerte über den Tag hinaus ins Offene denken soll.